

Südwestdeutscher Volksbote

Organ für die Interessen der werktägigen Bevölkerung

Der „Südwestdeutsche Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition Johannistraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannistraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgeschallene Petition oder deren Raum 60 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pf., ausdrückliche Anzeigen 60 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere später, in der Expedition abgegeben werden.

Amtliches Publicationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 289.

Mittwoch, den 11. Dezember 1918.

25. Jahrg.

Die Sozialisierung.

Sozialisierbarkeit.

Jeder Kenner des sozialdemokratischen Parteiprogramms weiß, daß unsere Partei durchaus nicht alles vergesellschaftlichen will, sondern daß wir nur die Produktionsmittel, diese aber freilich ausnahmslos, in den Besitz der gesamten Gesellschaft bringen wollen, ja bringen müssen, wenn wir nicht an Stelle der alten Klassenherrschaft eine neue entstehen lassen wollen. Unter allen wirklichen Sozialdemokraten herrscht auch nicht der geringste Streit, daß der Eckstein unserer Forderungen die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel ist und daß es da keinerlei Ausnahmen geben kann. Ebenso sehr sollten wir einig sein, daß die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel nicht mit einem Schlag geschehen kann und nicht glücklich durchgeführt werden würde, wenn sie allgemein durchgesetzt würde. Jede Revolution legt den aufstrebenden und siegreichen Klassen gewaltige Aufgaben, aber sie erzeugt auch aus dem durchaus berechtigten Siegesbewußtsein heraus eine gewaltige Überabschätzung der eigenen Kraft und die Überzeugung, daß die weiteren Aufgaben der Revolution ebenso schnell und siegreich durchgesetzt werden können, als die schon als Siege gebuchten Ergebnisse. Auch soll man nie vergessen, daß die herrschenden Klassen einen großen Apparat von Menschen und viele Erfahrungen haben, die man nicht leicht besiegen kann. Selbst wenn wir die tüchtigsten Männer zur Verfügung hätten, sollten wir uns nicht mit allzu großen Aufgaben beladen, weil uns die Probleme sonst über den Kopf wachsen würden. Tatsächlich sagen uns nur die oberflächlichen Gegner fälschlich nach, daß wir alles sofort vergesellschaftlichen wollen.

Kein Zweifel, die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel bedeutet die Überführung aller Maschinen und Werkzeuge, aller Grund und Boden und aller Bergwerke, aller Kraftquellen und aller Häuser und Fabriken in den Besitz der Gesellschaft. Aber damit ist natürlich nicht gesagt, daß man heute der Nähern die Nähmaschine, daß man dem Oftenseher seine Mulde wegnehmen soll. Das würde niemand verstehen, das würde jedermann als lächerlich empfinden, das würde den Widerspruch gar vieler hervorruhen. Diesen zu vermeiden, ist aber eine Aufgabe von höchster politischer Bedeutung.

Zu den größten wissenschaftlichen und politischen Verdiensten von Karl Marx gehört die Feststellung, daß die wirtschaftliche Entwicklung keine Sprünge macht. Als der Feudalismus zusammenbrach, waren die Voraussetzungen hierfür schon gegeben. Ebenso müssen wir gerade im Geiste von Karl Marx, wenn wir an die Sozialisierung gehen und wenn wir sie vollendet durchzuführen beabsichtigen, nach den Voraussetzungen für diesen größten wirtschaftlichen Prozeß in der kapitalistischen Wirtschaft suchen. Nur an die Voraussetzungen, die der Kapitalismus für den Sozialismus geschaffen hat, können wir anknüpfen, wenn wir mit der Sozialisierung erfolgreich vorgehen wollen. Nur dort werden wir Erfolge erzielen, wo die größeren Kapitalien die kleineren geschlagen haben, wo durch die großen Kapitalien der Untergang vieler kleiner Kapitalisten herbeigeführt wurde und die Zentralisation des Kapitals weit vorgeschritten ist, wo eigenartige Methoden der Kapitalvereinigung in der Aktiengesellschaft zum Ausdruck gekommen sind.

Die Aktion ehemals war der erste Abweg vom reinen Privatkapitalismus. In der Assoziation der Kapitalien, wie sie sich in der Aktiengesellschaft darstellt, trat der private Unternehmer zurück. Aus der Aktiengesellschaft erwuchsen immer höhere Formen der Kapitalvereinigung: Fusionen, Syndikate, Kartelle, und über diese alle hinaus der Trust, der sich bemüht, sämtliche Großbetriebe eines Geschäftszweiges zu einer umfassenden Aktiengesellschaft mit praktischem Monopol zu vereinigen. Hier sind die Annäherungspunkte für die Sozialisierung. Dort, wo der Kapitalismus zur höchsten Konzentration vorgeschritten ist, hat er auch die Verwaltungsvoraussetzungen für die Sozialisierung geschaffen, hier ergeben sich als Anzeichen von großer Aussicht, wenn natürlich auch jeder einzelne Fall der Sozialisierung sachkundig von wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten aus geprüft werden muss.

Man darf bei keiner wirtschaftlichen Maßnahme, am wenigsten bei der Sozialisierung, vergessen, daß durch den Weltkrieg die ganze Wirtschaft über alle Machten zerrüttet worden ist und daß in der ersten Zeit des Friedens so viele Schwierigkeiten der Produktion zu gewältigen sind, daß man sich wohl überlegen muß, ob man den großen Trusts nicht einen Gefallen erweist, indem man seine Betriebe jetzt und nicht später der Sozialisierung zu führt. Es ist so wie bei den Streiks, man muß die geeignete Zeit wählen, weil man sonst die Arbeit einstellt, wenn es dem Unternehmer am genehesten ist, wie man auch sozialisieren kann, wenn die Sorgen der Übergangswirtschaft am stärksten sind. Man darf nicht kontrollierte Unternehmungen sozialisieren, sondern man muß sich versichern, daß man mit der Sozialisierung großen sicheren Nutzen erzielt. Nur dann können wir den tiefen Eintritt in die Sozialisierung machen. Wir müssen uns vor So-

blonisierung mehr als jemals vorher hüten, wir müssen empfinden, daß die Sozialisierung in der Agitation eine Notwendigkeit ist, daß sie aber bei der Verwirklichung unserer Ziele zu einer Gefahr werden kann, vor allem nach einem Kriege, der die tiefsten Erschütterungen der Volkswirtschaft zur Folge gehabt hat.

Es muß uns weiter klar sein, daß die naheliegenden Neuerlichkeiten, die für die Vergesellschaftlichung sprechen, die große Zahl der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wie das in der Unternehmung konzentrierte Kapital, obgleich wichtige Anhaltspunkte für die Sozialisierung sprechen, doch hinter dem inneren Aufbau der Unternehmung zurücktreten müssen. Das Leichte und rasch Durchführbare muß uns vor allem in erster Reihe anziehen. Der Backstein der Ziegelei, die elektrische Kraft, das Gas, die Kohle, das Eisen- und die Rohverarbeitung des Eisenerzes zu Guß und Glückschmelzen und Stählen, füglich auch die Schuhindustrie, bieten sehr wertvolle Anfangsmöglichkeiten für die Sozialisierung. In den sozialisierten Betrieben wird sich eine vielfältige Gelegenheit zur Schulung der Menschen ergeben, die wir bei der weiteren Sozialisierung benötigen werden. Sämtliche Ziegeleibetriebe Deutschlands zu sozialisieren, ist viel leichter, als die Siemens-Schuckert-Werke mit ihren tausendfältigen Produkten zu übernehmen, obgleich dem äußeren Anschein nach die Vergesellschaftlichung der Siemens-Schuckert-Werke verhältnismäßig leicht ist.

Auf dem Wege zur Sozialisierung helfen uns die raschen Fortschritte in der Amerikanisierung unserer Industrie, so der Weg zur Vertrustung aber auch zur Typisierung der Produktion, d. h. zur Einengung der Mannigfaltigkeiten, die Feststellung gleicher oder wenigstens erreichbarer Typen in den wichtigsten Produktionszweigen.

Wir müssen bei der Sozialisierung technische, politische, psychologische Gesichtspunkte ins Auge fassen. Je geringer die Zahl derer ist, die wir bei den ersten Schritten zur Sozialisierung schädigen, mit desto geringeren Widerständen wird sich die Sozialisierung durchsetzen, desto leichter werden die weiteren Schritte der Sozialisierung den ersten klug und weitsichtig in Angriff genommenen folgen können.

Die Vorsicht am Anfang beschleunigt die Vollendung der Sozialisierung. Die ersten falschen Schritte können die Durchführung überhaupt verhindern. Deshalb muß man auch bei der Sozialisierung die Begeisterung nie zum Schweigen bringen, über dem nüchternen Verstand sein Recht lassen.

Die Wahlen zur Nationalversammlung.

Früherer Wahltermin.

Wie wir aus guter Quelle erfahren, darf mit Sicherheit angenommen werden, daß die Wahlen zur Nationalversammlung nicht Mitte Februar, sondern schon in der zweiten Hälfte des Januar stattfinden.

Die Unabhängigen wollen keine Einigung.

Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, ist die von verschiedenen Gruppen der Unabhängigen Sozialdemokratie im Reich gewünschte Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Richtungen auf der dieser Tage in Berlin abgehaltenen Reichskonferenz der Unabhängigen abgelehnt worden. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat beschlossen, überall den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen.

Angesichts des Zusammenschlusses der gesamten Gegner, ist dieser Beschluß aussichtslos zu bedauern. Bedarf es noch ein dringlicherer Beweise, wie notwendig für die Arbeiterschaft Einigkeit ist?

Zur Friedenskonferenz.

Am 15. Januar beginnen die Konferenzen über den Präliminarfrieden mit Zustimmung deutscher Unterhändler.

Innenhalb der englischen Regierung sind Stimmen laut geworden, welche von der Regierung fordern, daß England nicht an Friedensverhandlungen beteiligen sollte, an denen deutsche Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates oder der revolutionären Partei teilnehmen, die nicht zu der Regierung gehören. Diese Auffassung besteht auch in Frankreich und wird auf der am 12. Dezember in London beginnenden Konferenz beraten werden.

Auf der letzten Konferenz der Alliierten teilte Generalissimus Foch mit, daß Deutschland in mehrfacher Hinsicht die Bedingungen des Waffenstillstandes nicht voll erfüllt habe, so in der Frage der Auslieferung des Eisenbahnmaterials.

Die Stadt Paris fordert von Deutschland 2 Milliarden Schadensersatz für die Schäden durch Lastenbelastungen.

Aus den besetzten Gebieten.

Gegen die verschärfte Ausnahrung hat die deutsche Regierung Protest eingelebt.

In der Verschärfung und Ausdehnung der Blockade leidet die deutsche Kinder- und Frauenwelt der rechtsrheinischen Gebiete besonders hart, diese ist auf die Zufuhr von Milch und anderen unentbehrlichen rasch verderblichen Lebensmitteln aus den geräumten Gebieten um so mehr angewiesen, als das deutsche Volk eine Versorgung von Lebensmitteln durch die Alliierten, wie sie in den erwähnten Blockadebestimmungen des Waffenstillstandes in Aussicht gestellt worden ist, überhaupt noch nicht erhalten hat.

Die Universität Straßburg ist von den Franzosen gesperrt worden. Sämtliche Professoren wurden ohne Pension und ohne Gehalt entlassen. Auch sämtliche Beamte des Ministeriums wurden aus Straßburg ausgewiesen. Das Mitnehmen von Wertpapieren ist verboten, Bargeld dürfen nur 500 Mark mitgeführt werden.

Köln ist jetzt von 32 000 Mann englischer Truppen besetzt. — In Heidelberg sind 1200 Belgier eingezogen. Auf dem Rathause wurde die belgische Flagge gehisst. Als Belohnungsmahregel ist die Bevölkerung bei Strafe verpflichtet, die Fahnen und Offiziere der belgischen Armee zu grüßen. — Frankenfels wurde von 300 Mann afrikanischer Truppen besetzt.

Die Bestimmungen der Besatzungstruppen im Rheinland stellen eine Kopie der Massnahmen dar, die die Deutschen im Jahre 1914 in Lüttich getroffen haben.

In Aachen sind 7000 Mann Besatzungstruppen, eine halbe Million hat die Stadt bereits passiert. Alle Wolle in den Fabriken wurde beschlagnahmt. Da keine Kohlen eingetroffen sind, werden binnen kurzem Tausende von Arbeitern der Textilindustrie brotlos werden.

Während die Amerikaner in Tirol erklärt haben, sich nicht in die innere deutsche Politik einzumischen, wird nachträglich aus Saarbrücken gemeldet, daß die Franzosen den 8-Stunden-Tag beobachtet haben. Der französische Befehlshaber erklärte den Bergarbeitern, es herrsehe in beiden Ländern Kohlennot. Auf den Einwurf, daß in der Pfalz die Achtstundenschicht bereits eingeführt wurde, erwiderte er, daß sie abgeschafft würde, sobald die Franzosen in die Pfalz eingerückt seien. Er könne die Achtstundenschicht nicht einmal in Aussicht stellen; wenn jedoch die Bergleute Kohlen liefern, würde auch die Versorgung mit Lebensmitteln für die Bergleute gut werden.

Nach einer neueren Mitteilung erklärte der Vorsitzende der französischen Waffenstillstandskommission, daß jetzt auch die von den Soldatenräten ausgestellten Entlassungspapiere anerkannt werden sollen, wenn sie von den deutschen Lokalbehörden als gültig bezeichnet werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Delegiertenversammlung der A.- und S.-Räte.

Den Arbeiter- und Soldatenräten der Republik schlagen wir als vorläufige Tagesordnung der Delegiertenversammlung vom 16. Dezember folgendes vor:

1. Bericht des Vorsitzenden; Berichterstatter: Richard Müller. Bericht der Beauftragten; Berichterstatter wird noch bestellt.

2. Nationalversammlung oder Rätesystem. Referent: Cohen. Korreferent: Daumig.

3. Sozialisierung des Wirtschaftslebens. Referent: Hilserding. Korreferent: Wird noch bestellt.

4. Die Friedensregelung und deren Einfluß auf den Aufbau der deutschen sozialistischen Republik. Referent: Ledebour.

5. Wahl des Vorsitzenden der Republik.

Anträge zu dieser Tagesordnung sind möglichst umgehend dem Sekretariat des Vorsitzenden, Abgeordnetenkabinett, mit zuteilen, ebenso die Namen der Delegierten.

Es wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß je 50 000 Frontsoldaten — nicht 100 000 — das Recht haben, einen Vertreter zu wählen, ferner, daß die Schutztruppe keinen einen Vertreter entsenden darf.

Der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrats Groß-Berlin.

Richard Müller. Moltkevitz.

Ein Reichsteilungsplan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Der Vorsitzende teilt mit: Im Zusammenhang mit häufiger auftretenden Nachrichten über Loslösungsbefreiungen gewisser deutscher Gebiete erfahren wir, daß bereits ein Teil ausgearbeitet wird, der das Reichsgebiet in neuer Weise aufteilt und zwar soll die Neuenteilung auf Grundlage sozialistisch geprägten Unter teilung der Einzelstaaten nach-

Und Stämme beabsichtigt seien, deren Verfasser Lebedow ist. Das Ministerium des Innern wird bezüglich Preußens Frage schon in den nächsten Tagen näherstehen.

Aussklärungsarbeit des Vollzugsrates.

Der Vollzugsrat hat ein Aussklärungsbureau eingerichtet. Dieses Bureau stellt auf Verlangen jedem einzelnen Soldatenrat für seine Versammlungen bekannte und berufene politische Redner zur Verfügung, die in der Lage sind, über jede Aussklärung zu geben. Jeder Soldatenrat, der Versammlungen abhalten und die Kameraden aussklären will, wird gebeten, sich an das Aussklärungsbureau des Vollzugsrats, Herrenhaus, Zimmer 28, Eingang Abgeordnetenhaus, zu wenden.

Batocki und die Frage Preußens.

Der Oberpräsident von Ostpreußen, v. Batocki, schreibt in der "Deutschen allgemeinen Zeitung" daß der preußische Staat als solcher heute keine Sache in seiner Rechtigung mehr habe. v. Batocki sagt, daß die Einheit und Geschlossenheit des Deutschen Reiches und Volkes zu wahren die wichtigste Aufgabe sei, und daß die preußische Frage nur aus diesem einen Gesichtspunkt unter Ausscheidung jeder partikularistischen Erwägung zu beurteilen sei. Er legt dar, daß Preußen durch das Herrscherhaus geschaffen und nur durch das Herrscherhaus fest zusammengehalten worden ist. Die ruhmvolle Geschichte dieses Herrscherhauses habe in Niederlage und Schmach geendet und das Land sei für immer gelöscht. Im Bau des Deutschen Reiches, führte er weiter aus, war Preußen, vom Standpunkt der Reichseinheit betrachtet, stets ein politischer Fremdkörper. Preußen als geschlossener Teil des Deutschen Reiches müsse also fortfallen.

Wieder ein Kraftbeweis der Unabhängigen.

Bei den Wahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat im Industriegebiet Chemnitz wurden nach den bisher vorliegenden Ergebnissen für die Mehrheitssozialisten 78500 und für die Unabhängigen 6600 Stimmen abgegeben. Einige Teilergebnisse stehen noch aus.

Die rote Fahne des Prinzen Friedrich Leopold.

Der "Deutschen Tageszeitung" wird geschrieben: "Die einzige rote Fahne in Potsdam und Neu-Babelsberg weht auf dem Schlosse des Generals Prinzen Friedrich Leopold von Preußen in Klein-Glienicke. In Neu-Babelsberg liegt gegenwärtig das Garde-Kavallerie-Regiment in Quartier, das auf den Eingang in Berlin wartet. Am 7. mittags begab sich ein Offizier des Regiments mit mehreren Unteroffizieren und Mannschaften zum Prinzen, und bat ihn, neben der Bekundung seiner persönlichen politischen Unabhängigkeit durch die rote Fahne auch den Gefühlen der heimkehrenden Kampftruppe durch Hissen der Fahne Schwarz-Weiß-Rot Rechnung zu tragen. Nach längeren Verhandlungen und Befragung der Prinzessin erklärte sich der Prinz hierzu bereit, wenn der Arbeiter- und Soldatenrat in Rommels seine Erlaubnis gäbe. Mit diesem wurde telephonisch schnell ein Einverständnis erzielt und bald meiste eine der Schwabensahnen — der Prinz erklärte, keine deutsche Fahne zu besitzen — auf dem Mittelbalkon des Schlosses. Wie weiter gemeldet wird, soll der Offizier eigenmächtig gehandelt haben und für sein eigenmächtiges Vorgehen vom Regimentskommandeur getadelt sowie seines Postens enthaben werden sein.

Vater und Sohn.

Der "Vorwärts" veröffentlicht folgende Depesche des künftigen Kronprinzen an seinen Vater, die der Kaiser am 2. Januar 1918 Hindenburg übersenden ließ. Ich bitte Dich, die drei Zeitungen "Frankfurter Zeitung", "Berliner Tageblatt" und "Vorwärts" an der Westfront verbreiten zu wollen. Das Unheil welches diese drei Blätter in den letzten Monaten in den Köpfen unserer Mannschaften angerichtet haben, ist bedauernlich. Für uns Führer ist es nicht gleichgültig, in welcher Stimmung Offiziere und Mannschaften in große Entscheidungskämpfe eintreten. Zu meiner Freude habe ich gelehnt, daß in Berlin fest durchgegriffen wird. Mit den herzlichsten Grüßen Dein geheimer Sohn Wilhelm."

Mutterfreunden.

Roman von H. Salomon.

5. Fortsetzung.

"Nein! Also die Bertha ist auch ja Einer!" rief die Frau verwundert aus. "Das hatte ich wirklich nicht von ihr gehört!"

"Sie waren ihr, Frau Weißer," entgegnete Röder mit starker Begeisterung. "Sie ist nicht ja Einer, wie Sie vielleicht meinen, sondern sie ist meine rechte Bertha, die ich erschöpft werde, sobald ich kein Militär wieder freistimme."

Die Weißerin wollte nach dieser Zurechtschlagung sofort weggehen, jedoch sagte der Schneider bestechend: "Aber jetzt verstandig wird und mag er sie doch herumziehen, liebe Frau. Und Geschöpfe ist doch die Bertha nicht schlechter geworden, weil sie nun Männer werden soll. Ihr Frauen red' Gauk nach alle glesch. Wenn du einer etwas an Zeuge fliegen lassst, dann lass' ihr immer dazu bereit."

Die Frau hörte nun große Lust zu haben, gegen diesen Weißerin energisch zu protestieren, aber ihr Mann hielt sie gar nicht zu Rorte kommen und fuhr anhieblich fort: "Ich weiß schon, Frau, was du sagen willst. Röder hat es ja doch. Das Stück kann doch keinen Zweck. Wir wollen lieber überlegen, wie wir jenen jungen Freuden helfen können. Denkt mal ein bisschen, Frau, was da zu machen ist."

"Wo, was weiß ich," rief die Weißerin aus. "Wir können sie doch nicht eins in unser Haus nehmen? Das einzige wäre, wenn wir sie nach der Freiheit in eine Zukunft hätten, wenn es sowieso keinen anderen Ausweg ferne ih auch nicht ist."

"Na, höre, Frau," lachte der Schneider amüsiert. "Wenn du nichts Besseres weißt, braucht es gar nicht erst zu sagen. Das sollten wir lieber. Und mit großen Sätzen die Stube einzugehen und handeln, blieb er plötzlich vor Röder stehen. Wie wäre es denn, wenn wir mal mit ihrer Bäuerin sprechen würden? Ich glaube, daß die die Bertha ganz gut lieben möglicherweise kann die auch einen Rat geben."

"Na, das ist gerade die Weißerin aus. Die kann ja selbst nicht wissen, wie weit sie ist. Die! — Ha! — Die ist mit keiner Kleidermeise, nicht mal mit Kreisgräfin! Das ist der Hochmut! Und du meinst du, daß sie da Rat wissen soll?"

Der Schneider blieb jetzt mit einem Grinsen vor seiner Tochter. "Was du wieder weißt, Frau," sagte er höhnisch. "Weißt du nicht die Bäuerin mit ihrer Kleid, bestellt ist sie eigentlich und viel und hat noch Kleid. Über und besonders bestellt ist sie nicht, und besser als mir nur. Das ist eine Sache im Besitz und zwar kein Kleid, in dem kann bestellt bestehen, mit einer großer Größe für ein kleines Kleid gekommen hat und jetzt

die Veröffentlichung im Reichsblatt wichtig, weil kommt der alte wie der junge Wilhelm nach der Abdankung bestrebt haben, sich von jeder Gnade um Krieger weiszutrennen und als edle, wenn auch verkannte Volksfreunde eine Rolle zu spielen, auf die der eine wie der andere nicht den geringsten Anspruch hat.

Der Verhaftung der rheinischen Großindustriellen.

Der unter dem Verdacht des Landesverrats verhaftete Großindustrielle August Thyssen, sein Sohn Fritz Thyssen, Edmund Stinnes sowie die Direktoren Herde, Becker, Wirth, Kommerzienrat Küchen und Bergmann Gieseck sind von Duisburg nach Berlin transportiert worden. Sie befinden sich augenscheinlich in Sicherheit im Staatssekretär Untersuchungsgesetz. Der preußische Justizminister Dr. Rosenfeld empfing eine Verkündung des Arbeiter- und Soldatenrats von Mülheim an der Ruhr, den Oberbürgermeister Lemke aus Mülheim a. d. Ruhr und August Thyssen jun. Oberbürgermeister Lemke war gleichfalls nach Berlin gekommen, um Bericht zu erstatten, aber auch um die Haftentlassung der Verhafteten zu befürworten. Zurzeit schwelen noch die polizeilichen Ermittlungen über die den verhafteten Persönlichkeiten zur Last gelegten Straftaten.

Auslieferung der ehemaligen türkischen Minister verlangt.

Im Auftrage ihrer Regierung hat die türkische Botschaft in Berlin bei der deutschen Regierung die Auslieferung des früheren Großwesirs Talaat Pascha, des früheren Kriegsministers Enver Pascha sowie einer Anzahl anderer Mitglieder der früheren Regierung beantragt, die nach Deutschland geflüchtet seien. Nach sicherer Nachrichten hat Enver Pascha zwar Konstantinopel verlassen, ist aber nicht nach Deutschland gekommen. Eine Auslieferung Talaat Paschas kommt nicht in Frage, da er als politischer Flüchtling zu betrachten ist.

Das politische Programm des Zentralrates der Marine.

Das politische Programm des Zentralausschusses (Zentralrat der Marine) ist nunmehr wie folgt aufgestellt worden:

I. Der Zentralausschuss der Marine steht auf dem Boden der Errichtung einer sozialistischen Republik und verwendet sich für den baldigen Abschluß eines dauernden Völkerfriedens auf gleicher Grundlage.

II. Im Prinzip wird der Einberufung der gesetzgebenden Nationalversammlung zugestimmt, vorher verlangen wir:

a) Verstaatlichung aller dafür reifen Betriebe.

b) Hinreichende Gelegenheit zur Aussklärung der Massen, bis zur Nationalversammlung bleibt die Gewalt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte.

III. In Anlehnung an das Erfurter Programm werden folgende Maßnahmen verlangt:

1. Trennung von Staat und Kirche, soziale Gesetzgebung, grundlegende Umgestaltung des Wohnung-, Gesundheits-, Erziehungs- und Bildungswesens (Einheitschule).

2. Bildung einer sozialistischen republikanischen Armee und Marine (Volkswehr).

3. Aufhebung aller Fideikomisse, Aufteilung des Großgrundbesitzes.

4. Reihloje Erjassung aller Kriegsgewinne, Vermögensbeschlagnahme, auch der "Toten Hand".

5. Zur Abtragung der Kriegsschuld und Sicherung der Reichsfinanzen durchgreifende Steuerreformen.

6. Strenge Bestrafung derjenigen Personen, die sich während des Krieges in betrügerischer Weise bereichert haben.

7. Bereitstellung des Kapitals des Kapitalismus, für die sozialisierung durch Flucht und Verkäufung zu entziehen.

8. Einsetzen eines Volksgerichtes zur Unterbindung und Aburteilung der am Kriege schuldigen Personen, welche derjenigen, die einen früheren Verständigungskrieg vereitelt haben. Neben dies strengste Bestrafung der Richter und Offiziere, die durch Kriegs- und Feldgerichte Schiedensurteile gefällt haben.

9. Ergriffen von Maßnahmen, die geeignet sind, gegen revolutionäre Machenschaften zu erfüllen.

10. Der Zentralausschuss erachtet die Errichtung der sozialistischen Massen Deutschlands und unterstützt die Bestrebungen, die eine Verständigung der sozialistischen Internationale anstreben.

Das königliche Kronfideikommiss

ist vom preußischen Finanzministerium für den Staat in Verwaltung genommen worden. Da von diesem Fideikommiss das eigentliche Kronvermögen nicht zu trennen ist, so ist dieses der gleichen Verwaltung unterstellt worden. Die zu dem königlichen Vermögen gehörenden Güter und Forsten sind dem Landwirtschaftsministerium zur geordneten Staatsverwaltung übergeben worden.

Die Wahlen zum bayrischen Landtag.

finden am 12. Januar 1919 statt. Gewählt wird in der Tagesschlüsselwahl, wobei das ganze Land einen Wahlkreis bildet. Die Zahl der Abgeordneten beträgt 180. Bisher waren es 163.

Volkswehr in Braunschweig.

Der A.- und S.-Rat nahm zu der Forderung des Vertrauenausschusses der Garnison auf Abstiehung der Matrosen und Abbau der Roten Garde folgende Erklärung an:

Der Arbeiter- und Soldatenrat Braunschweig sieht als Regierung des Bundes auf dem Standpunkt, das System des Militarismus vollkommen zu beseitigen und durch eine Volkswehr zu ersetzen. Eine Matrosenabteilung der Roten Garde könnte lediglich die Grundlage zur Schaffung einer Volkswehr sein: Solange die Revolution und Republik noch in Gefahr sind, bleiben sie bestehen. Der Arbeiter- und Soldatenrat beschließt, die Bezeichnung "Rote Garde" durch "Braunschweiger Volkswehr" zu ersetzen.

Kleine politische Nachrichten.

Gegen die Auflösung des bayrischen Landtags hat der frühere Präsident Fuchs Protest eingereicht.

Der letzte Vertreter Spaniens in Deutschland, Botschafter Polo de Bernabe, hat seine Entlassung genommen.

Der Darßmäder Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat hat sich aufgelöst und rückt eine Aufrufserklärung an alle Räte, dasselbe zu tun, um einen Volksrat für die Republik Hessen zu bilden.

Eine Volksfeier der Revolution ist zum 1. Januar in Berlin geplant. Es sollen in den Straßen festliche Umzüge, auf allen öffentlichen Plätzen Militärtanzkonzerte, in den Theatern Szenische und in den Sälen musikalische Veranstaltungen mit Ansprachen stattfinden.

Der Kölner Oberbürgermeister forderte den Reichstag, präsidenten auf, den Reichstag zur Bestätigung der Regierung sofort nach Limburg a. d. Lahn oder Koblenz einzuberufen.

An die heimkehrenden Gardetruppen heißt Volksbeauftragter Görtz eine Begrüßungsrede, in der er die Heimkehrenden zur festen Mitarbeit am Wiederaufbau aufforderte.

Sämtliche Arbeiter- und Soldatenräte Thüringens entschieden sich in einer Konferenz zu Erfurt für die Errichtung einer deutschen Einheitsrepublik.

Der fröhliche Kaiser hat seinem zweiten Sohn Friedrich Wollmuth erteilt, ihm in allen Angelegenheiten des ehemaligen Königlichen Hauses zu vertreten.

Die Großindustriellen von Rheinland-Westfalen haben erklärt, sie bachten weder an die Errichtung einer selbständigen rheinischen Republik, noch wünschten sie eine Befreiung durch den Feind.

Oesterreich.

Ein landwirtschaftlicher Vertrag ist zwischen Deutsches Oesterreich und Ungarn geschlossen worden. Danach erhält Deutsches Oesterreich von Ungarn bis Ende dieses Jahres 40.000 Schafe, 3000 Kinder, 1000 Pferde und 500 Waggons Getreide. 300 Waggons Kartoffeln sind für den Fall in Aussicht gestellt worden, daß Oesterreich für die nötigen Arbeitskräfte sorgt. Zum Entgelt liefert Deutsches Oesterreich Spielwaren, Metall, chemische Artikel und Papier.

Ungarn.

Gegentrevolution. Die sozialdemokratische "Neugasse" kündigt die Anzeichen einer ernsten Gegentrevolution in Ungarn an. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft sei über darauf gesetzt und habe Mittel in der Hand, um jede gegentrale Bewegung ausschließlich zu bekämpfen.

Rumänien.

Drohende Revolution. Die Blätter berichten, daß Rumänien unmittelbar vor der Revolution steht. Das ganze rumänische Volk lehnt sich gegen die herrschende Klasse auf. Es wird aufgefordert, mit allen Mitteln den Klassenkampf aufzunehmen und eine Republik zu schaffen.

England.

Faktorarbeiterstreik. Im Distrikt Lancashire sind 100.000 Faktorarbeiter in den Ausstand eingetreten, weil mit den Arbeitgebern über die geforderte Lohnhöhung von 40 p. st. eine Einigung nicht erzielt werden konnte.

Am Ende des Artikels steht: "Guten Rutsch ins neue Jahr!"

jetzt noch hörbar. Über das begreift ihr nicht. Da liegt sie sogar noch, die ist nicht ganz richtig! — Stein, junger Freund," fuhr er an Röder sich wendend fort, "versucht endgültig Euer Heil bei Ihr. Ich bin überzeugt, je mehr da einen Ausweg." Darauf goss er noch einen die Gläser voll, und mit seinem Geklöppel anstoßend, legte er vertraulich seine Rechte auf dessen Schulter. „Für eine Warnung geb' ich Euch mit auf den Weg: Röder Euch um Gottes willen traut' vom Bäuerin erwischen, dann er schlägt Euch hab' tot; so hat er manigfach überall geschafft. Ihr mögt ja wohl auch selbst, wenn ich recht habe, im Winter meist leer stand und nur im Sommer von den überwogen fremden Mägden während der Erntezzeit benutzt wurde. Geröder über vom Wohnhause stehn sich die Kubställe aus, über denen sich die Schlafräume der drei ständigen Knechte, sowie der Jungmagd befinden. Die hintere Längsseite des Hauses hölzig eine mächtige Scheune ab, die alle anderen Gebäude weit übertagt und der Stola des Bäuerin vor, weil, wie man sagte, hier im Hinterhof der gesegne Sogen der Ernte hineinfäme, um zu höherem Preis gegen den Markt vermarktet zu werden.

Ernst Röder hatte schon lange die Haustüre des Wohnhauses aus der Ferne beobachtet. Vollständig durchzogen, wurde keine Ungefähr auf eine harte Probe gestellt. Von seitens Röder aus hatte er den Bäuerin schon mehrmals am Fenster bestimmt, und es schien bald, als wenn dieser heute ausnahmsweise einmal freudig nach dem Wirtschaftsunterlassen mollte. Denn freilich war kaum noch eine Möglichkeit vorhanden, die Bäuerin allein zu sprechen, denn in der Woche ging der Bauer selbst aus dem Hause.

Schon hatte Röder die Hoffnung aufgegeben, als endlich sich die Tür des Wohnhauses öffnete und der Bäuerin pflichtend die Schritte in die Dunklerung hinzufließte. Dann ging er mit schweren Schritten in den gegenüberliegenden Rückfall, von wo einmal nach den Reden zu hören. Wenige Minuten später hörte Röder bald nur noch die in der Ferne verhallenden Schritte des Bäuerin bewaffnenden Bauern.

Röder mochte sich Röder nicht aus seinem Verließ herausholen, als er bemerkte, daß seine Braut jetzt mit einigen leeren Eimern aus dem Wohnhause herauskam, um sich nach dem Aufstall zum Kuhstall zu begeben. Er überlegte, ob er nicht noch vorher einige Worte mit jenem Schatz sprechen könnte. Doch das mußte er sich aus dem Sinn räumen, da der Hoffnung bei seiner Annäherung sofort anfangen und die Bäuerin sehr wahrscheinlich noch das Urfache fürchten würde.

So nahm er dann seinen ganzen Mut zusammen und lächelte auf das Wohnhaus zu. Seine Vermutung hatte ihn nicht getäuscht. Bei seinem Aufzutreffen sah der Hoffnung auf dem Kuhstall mit kurz darauf stand auch schon die Bäuerin in der geöffneten Haustür, um das Tier zu beschwichtigen. Als sie den Arzt bestimmt bewußtlos lag, flog ein prüfender, klarer Blick über diesen. Dann trat sie einige Schritte zurück in das Haus und ließ Röder einzutreten.

Unterwegs folgt...

21 meciit.

Aufstellungsausgaben. Die dem Kongress vorgelegten Kostenanschläge sehen für die Ausgaben, welche im nächsten Juli beginnen sollen, 7 443 515 838 Dollar vor, wovon 5 212 000 000 Dollar für Armee und Flotte, 579 000 000 für den Ausbau der Handelsflotte, 893 000 000 für die Befreiung von Kriegsschulden bestimmt sind. Diese belaufen sich auf 25 590 000 000 Dollar. Die Geldbewilligungen für das laufende Bilanzjahr betragen 18 Milliarden Dollar, welche zurzeit ausgegeben sind, nebst einer Milliarde der gewöhnlichen jährlichen Ausgaben vor dem Kriege. In dem Voranschlag wird eine regelmäßige Armee von an nähernd 5 000 000 Mann ins Auge gefaßt. Für eine rasche Vergroßerung der Flotte werden im ganzen 434 000 000 Dollar verlangt. Die Gesamtbewilligungen für See-Einrichtungen werden auf 2 644 000 000 Dollar geschätzt, was eine Zunahme von einer Milliarde gegenüber dem laufenden Jahr bedeutet. — Der Marine-Sekretär Daniels empfiehlt die fortgesetzte Ausbreitung der amerikanischen Marine für die internationale Polizeitätigkeit. Im letzten Jahre wurde die amerikanische Marine um 2 Schlachtkräfte, 36 Zerstörer, 28 U-Boote, 355 U-Bootsjäger und 13 Minensucher vermehrt. Gegenwärtig stehen 406 Schiffe im Dienst.

New-York Commercial and Financial Chronicle schulden die europäischen Alliierten den Vereinigten Staaten heute 1505 Millionen Pfund, wobei die Hauptposten sind: England 749 Millionen, Frankreich 433 Millionen, Italien 212 Millionen Pfund. Wilson besitzt, abgesehen von der Abhängigkeit aller Alliierten von der amerikanischen Zufuhr, in dieser Verschuldung auf der Friedenskonferenz einen wichtigen Hebel.

**Zu den Befehlshabern und Geschäftsmännern
der Provinz Lübeck!**
In ernster, bewegter Zeit wenden wir uns auf diesem

en Euch, um Euch aufzurufen zur eifrigen, tätigen Mitarbeit für die Verbreitung unserer Ideen. In den nächsten Wochen stehen die Wahlen zur Nationalversammlung bevor; sie müssen im Interesse des werttätigen Volkes mit einem Sieg der Sozialdemokratie enden. Von dem Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung hängt es ab, ob die Erfolge der Revolution uns erhalten bleiben, resp. weiter ausgebaut oder ob wieder der alte Obrigkeitstaat aufgerichtet werden soll. Kein freiheitlich denkender Mensch kann das wollen. Deshalb gilt es, für unsere Genossinnen und Genossen, jetzt die kurze Spanne Zeit, die uns noch von den Wahlen zur Nationalversammlung trennt, energisch einzuprägen und eine intensive Aktion unter den uns noch Fernstehenden zu betreiben. Insbesondere gilt es, die Frauen und jungen Mädchen darüber aufzuklären, daß sie ihre ehige Gleichberechtigung mit den Männern lediglich der Sozialdemokratie und der von ihr getragenen Revolution verdanken. Es gilt weiter, sie davon zu überzeugen, daß auch sie im eigenen Interesse verpflichtet sind, der sozialdemokratischen Liste ihre Stimmen zu geben.

So steht uns noch ein gewaltiges Stüd Arbeit bevor; aber es muß und kann bewältigt werden, wenn wir nur wollen. Und doch Ihr alle mithelfen wollt, das könnte Ihr dadurch bestimmen, daß Ihr Euch, einerlei ob Mann oder Frau, zur Wahltagitation heute schon den Sozialdemokratischen Vereinen zuerfügen stellt. Es ist viele Arbeit zu bewältigen; helfen aber viele Hände, dann fällt sie dem Einzelnen nicht so schwer, deshalb, Genossinnen und Genossen, werdet tüfige Mitglieder der Partei und meldet Euch zu diesem Zwecke sofort bei einem der Euch bekannten Vorstandsmitglieder Eures

Ortsvereins.
Legen wir alle mit Hand ans Werk, dann wird der Sieg
unser sein!
Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!
Der Vorstand des Zentralvereins der Sozialdemokratischen Partei
für den Bezirk Südpfalz.

Mus Lübeck und den Nachbargebieten.

~~Wittwoch~~, 11. Dezember,

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Ver eins, die gestern abend im großen Saale des Gewerkschaftshauses tagte, war überfüllt. Man sah viele der alten erprobten Ge nossen, viele, die draußen an der Front gelämpft und gesäultet haben. Auch die Genossinnen stellten einen starken Prozentsatz der Besucher. Es war eine überaus wichtige Tagesordnung in der Einleitung der Wahlen zu erledigen. Und der Besuch zeigte welch großes politisches Interesse die in der Sozialdemokratie organisierte Arbeiterschaft den kommenden Dingen entgegenbringt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der dem Kriege zum Opfer gefallenen Genossen H. Budd, Friedr. Stolzenburg, Ludwig Frey, Johannes Seidenfadt und Heinrich Höppner, sowie das der am Orte verstorbenen Genossen Schäfe und Koop in der üblichen Weise geehrt. Der Vorsitzende Genosse P. Löwigt richtete dann warme Begrüßungsworte an die bis jetzt aus dem Felde heimgekehrten Genossen, dankte ihnen für die gebrachten Opfer und forderte sie zu rege Mitwirkung und Agitation an den Wahlarbeiten auf. Hierauf erhielt Genosse Stelling das Wort zu seinem Referat: „Die politische Situation und die bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung.“ Er warrf einen Rücksid auf die politische Umwälzung und behandelte dann eingehend die gegenwärtige Situation. Vor allem ging er auch auf die Umbildung der burgerlichen Parteien ein, die jetzt auf einmal nur aus Volksparteilern und Demokraten bestehen und ihre Volkstreundlichkeit in den höchsten Tönen preisen. Für sie kommt es vor allem darauf an, daß die Arbeiterschaft die politische Macht wieder zu entreißen und die Sorgünge in Rheinland-Westfalen zeigten, daß sie lieber den Feind im Lande sehen müßten, als unter der politischen Macht des Sozialismus zu stehen. Der Kampf gehe um Sein oder Nichts. Redner stellte die frühere Haltung des hiesigen demokratischen Führers Dr. Görs usw. den festigen Versprechen dieser Herren gegenüber und glaubt nicht so recht an die plötzliche Wandlung. Mit einem kräftigen Appell, daß die Arbeiterschaft im Wahlkampfe alles aufbieten müßte, bei Sieg an das sozialdemokratische Banner zu heften, schloß Genosse Stelling seinen einstündigen Beitrag, der mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Auf erfolgte die Kandidatenanstellung. Genosse Löwigt wies darauf hin, daß wir mit beiden Mecklenburg eine Wahlkreis bilden und mit ihnen zusammen sechs Abgeordnete zu Nationalversammlung zu wählen haben. Es bedürfe noch der Vereinbarung mit den nichtabstimmenden Parteigenossen, an welche Stelle der Wahl erst sie ihre Kandidaten nominiert werden. Die letzte Kandidatur wurde in möglichst günstiges Reichtum einzutragen suchen. Der Besitzstand wurde im Laufe der nach

ßen Woche zusammenzutreffen und eine Beschlusskonferenz sei ebenfalls noch in Aussicht genommen. Hierauf wurde der Genossen Johs. Stelling und für den Fall, daß es uns gelingen sollte

leiteten weiteren Sitz zu erhalten. Genosse Fritz Mehlstein einstimmig als die Kandidaten der Lübecker Parteigenossen zur Nationalversammlung aufgestellt. Genosse Haubt bellagierte dann, daß es noch nicht möglich gewesen sei, eine Einigung mit den Umabhangigen zu erzielen, eine Selbstverfleischung im Wahlkampf wäre sehr bedauerlich. Hierauf erläuterte Genosse Löwiat das neue Wahlrecht zur Bürgerschaft und handelte die zur Bürgermeisterswahl nötigen Vorbereitungen. Die Kandidatenaufstellung für diese wurde der nächsten Parteiversammlung vorzulegen.

zu dieser wußte der nachsten Parteidurchmischung vorbereitet werden. Für beide Wahlen wurde ein Wahlkomitee gewählt, das sich zusammensetzt aus den Mitgliedern des Vorstandes, Genossen Löwigt, Bromme, G. Ehlers, Dreyer, Wolfradt und Genossen Haedtke, sowie aus den Genossen Mehrlein, Henze, Heinrich Ehlers, Rockien, Stelling, Völker, Grosse, Neugebauer, Baumgärtner, Hoff und Jacobi. Hierauf berichtete Genossen Bromme über die Einigungsvorhandlungen mit der hiesigen Verteilung der Unabhängigen. Somohl der Arbeiterrat als auch Vorstand und Ausschuß hätten sich für Wiedervereinigung der Bruderparteien ausgesprochen. Erstter habe deshalb eine Kommission gewählt, die Verhandlungen zu übermitteln hatten. Diese fanden am Sonntag, dem 17. November statt. In ihr wurde von beiden Seiten nochmals der Verlauf des Partiekampfes in allen Einzelheiten objektiv erörtert. Wir hätten dem ehrlichen Willen Ausdruck gegeben, die vergangenen Streitigkeiten zu begraben und zu vergessen. Es wurde der Vorschlag gemacht, den unabhängigen Genossen Sitz im Vorstand- und in der Preiskommission einzuräumen. Es gelang aber nicht, die Vertreter der hiesigen Unabhängigen zu überzeugen. Sie äußerten sich dahin, daß eine Einigung möglich sei, wenn die alte sozialdemokratische Organisation in Lübeck dem unabhängigen Parteidurchmischung übertrete. Nach einer längeren Debatte, in der nochmals alles Für und Wider für den Zusammenschluß ins Feld geführt wurde, gaben die unabhängigen Vertreter die Erklärung ab, daß sie uns noch zuviel Misstrauen entgegenbringen, um ihre Organisation wieder in unserer aufzugehen zu lassen. Dieses Ergebnis sei zwar beklagenswert, aber nichts zu ändern. Nur das eine war zu erreichen, daß wir uns höchst in den bevorstehenden Wahlkämpfen nicht gegenseitig ze-

fleischen, sondern möglichst auf geschlossene Listen einzigen. Das möglich sein wird, darüber werden wir schon in aller nächster Zukunft Gewissheit erhalten. Das Bürgertum durch die Umwälzung wieder zusammenge schweift. Es wird einen einzigen Block bilden. Gilt es doch der weiteren bewegenden Frage: Wie Kapitalismus — wie Sozialismus? Nach kurzer Debatte wurde ein Antrag, eine nochmalige Einigung mit den Unabhängigen zu versuchen, dem Wahlkomitee überwiesen, das die Eventualitäten der Möglichkeit nochmals prüfen soll. Hierauf forderte Genosse Uhrens, Propagandainserate der bürgerlichen Parteien im „Lübecker Volksboten“ nicht zugelassen. Nach kurzer Debatte wurde dieser Antrag abgelehnt. Ein weiterer Antrag des Genossen Meyer, den hiesigen A.- und S.-Rat zu suchen, seine Delegierten zu der am 16. d. M. stattfindenden Konferenz in Berlin zu bitten, dahin zu müssen, daß die Wahl zur Nationalversammlung sobald als möglich stattfinden, wurde einstimmig angenommen. Nach einem wirkungsvollen Appell die Genossen, ihre Kraft im Wahlkampf zur Verfügung der Partei zu stellen, wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Der Sozialdemokratie wird Parteisekretär Brömmel am Sonnabend, 14. Dezember, 8 Uhr, in der Loge zum Füllhorn auf Anlassung des Vereins für Frauenimmimmrecht sprechen. Der Vortragende wird besondere Rücksicht auf die Behandlung der Unternehmen, welche vielen Frauen noch unklare Begriffe sind. Die gesellschaftung der Produktionsmittel usw. Ferner wird der Vortrag auf die Unterschiede zwischen den Parteien nach rechts in den Parteigruppen nach links (den Unabhängigen, der Spartacusgruppe) eingehen. Später folgen noch Vorträge durch Vertreter der Hauptparteien.

Zur Verteilung von Lebensmitteln.

Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß die verantwortlichen Regierungen hinsichtlich der Versorgung Deutschlands auf den Standpunkt stehen, daß die Lieferung von Lebensmitteln erforderlich sei, jedoch nur in dem Maße, wie es durch die tatsächliche Notlage berechtigt erscheine. Eine solche Notlage bestehe in irgendwelchen und großen Städten, aber nicht auf dem platten Lande. Die Lieferung von Lebensmitteln müsse sich demnach unter diesem Gesichtspunkte vollziehen, und es sei bereits berechnet worden, daß im ganzen die Bevölkerung Deutschlands, die Lebensmitteln zu versorgen sei, auf 37 Millionen anzurechnen. Ein entsprechender Vorschlag liege an den zuständigen Stellen bereits vor, jedoch sei eine Entscheidung noch nicht gefallen.

Gastwirtswäsche nicht mehr beschlagnahmt. Die Wäsche
Gastwirts- und ähnlichen Betrieben sowie im Wäschevertr.
geschäftsmäßig war bisher auf Grund der Bekanntmachung der Rei-
bekleidungsstelle vom 25. August 1917 beschlagnahmt. Diese
Schlagnahme ist nunmehr aufgehoben worden. Die Besitzer sol-
Wäsche können sie danach wieder beliebig in ihrem Betriebe
wenden oder verarbeiten. Die Veräußerung dagegen ist nur
Gewinn und nur an Wiederverkäufer, nicht aber an Verbrau-
(§ 9 der Webwarenverordnung vom 16. Juni / 23. Dezember 1917)
gestattet. Das Tisched- und Mundtuchverbot mußte zunächst
aufrecht erhalten bleiben.

Der Verband der Bureauangestellten Deutschlands, Gruppe Lübeck, veranstaltete am Sonnabend abend eine öffentliche Versammlung aller Bureauangestellten Lübecks mit der Tafelordnung: „Die Bureauangestellten und die Neuordnung Deutschlands“. Leider war der Referent Kühne-Hamburg nicht anwesend, sodass Herr Mehrlein das Referat allein übernehmen musste. Er führte aus: Das alte Regiment sei zusammengebrochen und waltige Ereignisse und Umwälzungen hätten sich in wenigen Tagen in Deutschland vollzogen. Eine neue Zeit habe eingesetzt. Das bisherige System hätte für die Privatangestellten Unzufriedenheit, schlechte Gehälter, überlange Arbeitszeit und Rechtslosigkeit bedeutet. Die Arbeiterschaft dagegen stehe, gestützt auf ihre straffe Organisation ganz anders da. Für die Handlungshelfer sei rechtlicher Bezugspunkt durch das Handelsgesetzbuch gesorgt. Privatangestellten würden ziemlich rechtlos da. Zu erstrebenswertesten Dingen ein einheitliches Angestelltentrecht. Die Privatangestellten und auch die Staatsangestellten müssten sich zu Vielfach fühle es daher, dass sie der Ansicht seien, ihre Interessen und die Interessen ihrer Arbeitgeber seien die gleichen. wäre falsch. Die Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gingen auch hier weit auseinander und nur durch Kampf sei die Angestellten eine Besserung ihrer Lage zu ermöglichen. Den Beamtenvereinen seien die Staatsangestellten nur gedient und bisher nur Statisten gewesen. Die Meinung der Vorgesetzten sei größtenteils immer die der Angestellten. Streberkeit und Einigkeit seien bei ihnen zu Hause. Oft habe die Arbeiterschaft die Angestellten mit der „Lebensstellung“ gefrostan. Sondern aber mit denselben nach dem Kriege? Vielleicht werden

ständen es aber mit verloren auf dem Tisch. Es ist zu hoffen, dass sich jetzt die Arbeitgeber, ihre Angestellten wieder einzustimmen und Wandel und Besserung förmlich nur geschaffen werden durch Schluß an eine große Organisation. Eine solche sei der auf gesellschaftliche Grundlage ruhende „Verband der Büreauangestellten Deutschlands“. Erstrebte müßten werden: Der Achtstundentag, auskömmliche Löhne, weitgehende gesetzliche Regelung der Beziehungen, Bildung von Betriebsangestellten-Ausschüssen, durch den Verband mit Hilfe der Gewerkschaften entsprechende Vereinbarungen mit dem Unternehmertum herbeizuführen, für die Durchführung derselben Sorge zu tragen hatten. In Debatte wurden vom Referenten verschiedene Fragen gestellt, die in der Hauptfassung den Achtstundentag und die Freigabe betrafen. Eine größere Zahl von Anmeldungen zur Mitgliedschaft des Verbandes vor das praktische Resultat, Neuanmeldung rückt entgegen der Künsterl Meissner. Einzelne Abstimmung

Beamtenforderungen. Der Zilbeder Beamtenbund veranstaltete am Sonntag eine öffentliche Versammlung, in der er sich mit der rechtlichen Stellung der Beamten sowie mit der Stellungnahme der Beamtenkraft zu dem neuen demokratischen Reiche beschäftigen wollte. Erster Referent war Rechtsanwalt Dr. Wittern, der über alles mögliche sprach, sich gegen den „Galizier“ Eisner, der aus Berlin stammt, und dem Thüringen Rautenk als Mitglieder deutscher Regierungen wandte und überhaupt zeigte, daß er von den Lehren der Revolution noch wenig gespürt hat. Die Leistung, die Herr Dr. Wittern zu beprochen hatte, kau-

Die Verträge, die Herr Dr. Wülfel zu besprechen hatte, wussten: I. Dem Beamten ist gesetzlich zu gewährleisten: 1. Freiheit in politischer Beziehung. 2. Freies Koalitionsrecht: weder die Zugehörigkeit des Beamten zu einer Berufsorganisation noch die Tätigkeit dieser Organisation unterliegt behördlicher Beschränkung. II. Das Beamtenrecht wird einheitlich durch Gesetz neu geregelt; dabei sind insbesondere zu berücksichtigen: 1. Einrichtung von Beamtenausschüssen und Beamtenfammern; durch sie erhalten die Beamten stärkeren Einfluss auf die Gestaltung der Dienstausübung und höheren Schutz ihrer beruflichen und rechtlichen Interessen. 2. Fortentwicklung des Disziplinarrechts: a) Mitwirkung auch von nichtrömischen Beamtenvertretern bei der Urteilsfindung, b) Einführung der Berufung, c) Entschädigung der im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochenen. III. Einige Einzelforderungen: 1. Volle staatsbürgersche Gleichberechtigung (Wahl in Behörden, zum Schöffen- und Geschworenenamt). 2. Gewährung jeder Erleichterung hinsichtlich der Möglichkeit im Amtsort, die sich mit den Anforderungen des Dienstes vereinbaren lässt. 3. Beseitigung der Auswüchse im Diätarwesen. 4. Aufhebung der Geheimhaltung der Personalakten und Ausmerzung von Dienststrafen nach bestimmter Bewährungsfrist. Diese Leitsätze wurden angenommen, ebenso die folgende von Professor Steffen begründete: Genossenschaftlicher Zusammenschluss, um die Interessen der Beamten im Wirtschaftsleben der kommenden Zeit zu wahren. Er will auf die Gestaltung der Gehaltsverhältnisse Einfluss gewinnen, durch politische und kommunalpolitische Betätigung die Interessen der Beamten vertreten. Neben diese datierten Aufgaben soll noch eine verübergehende treten, für die Zeit der Färtung und Unsicherheit bis zur Nationalversammlung. Die Beamten wollen durch Zusammenschluss gerüstet sein, um gegebenenfalls ihre in der Beamteigenschaft liegende Macht einzufordern zu können im Dienst der Ordnung und Gesetzmäßigkeit zum Wohle des Staates und des Volksganzen. Abgelehnt wurden folgende Anträge des Oberlehrers Dr. Tittel: 1. Der Lübecker Beamtenbund bildet eine selbständige politische Organisation. 2. Es scheidet aus dem Rat der vereinigten Berufe aus. 3. Er erlässt einen Aufruf zur Bildung einer republikanischen Partei.

*** Das Sparleinenbuch der Nachbarin gestohlen.** Ermittelt und

* Kartoffeldiebe. Von auf einer Landstelle in Dünimersdorf entlaufenen Kartoffeldiebinnen sind in letzter Zeit wiederholt Fälle festgestellt worden.

angelegten Kartoffelmieten und in letzter Zeit wiederholt Kartoffel gestohlen worden, sodass die Fehlmenge schliesslich 30 bis 40 Zentner betrug. Nunmehr gelang es, die Diebe zu ermitteln und zwar sind dieses zwei auf dem Hochöfenwerk beschäftigte russisch-polnische Arbeiter. Beide wurden festgenommen.

* Wegen Betruges und Urfundenfälschung festgenommen wurde ein Gutsinspektor aus Soldin. Derselbe war auf einer in hiesiger Gegend belegenen Gute angestellt gewesen und von dem Besitzer des Gutes beauftragt worden, Militärpferde von Berlin zu kaufen. Diesen Auftrag will der Inspektor auch ausgeführt haben, doch blieben die angeblich gekauften Pferde aus. Es stellte sich nunmehr aber heraus, daß die von dem Inspektor vorgelegten Quittungen gefälscht waren. Die zum Fälschen brauchten Stempel fanden sich noch in seinem Besitz, nicht aber das ihm anvertraute Geld von namhafter Höhe. Dieses dürfte der ungetreue Inspektor in Berlin hindurcgebracht haben.

Hamburg. Die Forderungen des großen Hamburger L- und S.-Rates. In einer Sitzung des großen Arbeiter- und Soldatenrates wurde eine Resolution angenommen, die Schaffung von Wachmannschaften aus überzeugten Verhängern der Revolution, Übergabe aller Waffen- und Munitionsdepots in die Gewalt der zuverlässigen Truppen, Verbot des Tragens von Offiziersabzeichen und die Entwehrung der Offiziere verlangt.

Hamburg. Aus der Haft entlassen wurde der Verdächtige Beteiligung an dem gegenrevolutionären Versuch festgenommene bisherige Reichstagsabgeordnete und Beamtenrichter Dr. Blum d.

Bremen. Gegen die Wiedereinsetzung von S
n a t u r l u c h u n d B ü r g e r s m a f t unter seinem B e t o - u n d K o n t r a
reicht hat sich mit 173 gegen 34 Stimmen der Bremer Arbeit
und Soldatenrat in seiner Vollstzung ausgesprochen. Wille
wird er sich doch noch unter dem Zwinge der Verhältnisse, wie
Hamburg, dazu verstellen müssen. Ein Antrag, den Aktionsa
schuß zu beauftragen, sofortige Neuwahlen für die Bürgersch
unter Zugrundelegung des gleichen, geheimen, allgemeinen, i
direkten Wahlrechtes auszuführen, wurde nach kurzer Debatte
mit allen Stimmen, gegen die des Antragstellers abgelehnt.
P r o t e s t d e r B ü r g e r l i c h e n i n B r e m e n . Gegen
nom Arbeits- u. Soldatenrat bedauerlicherweise erlassene Ver
einer für den letzten Sonntag geplanten bürgerlichen Straß
demonstration war vom Bürgerausschuß ein Protest eingegangen
an den Reichskanzler gefandt worden. Daraus ist beim Bürg
ausschuß folgendes Telegramm einzegangen: „Reichsregierung
hat den Arbeits- und Soldatenrat Bremen um Bericht ersu
gefragt.“ Die Aussicht, daß der Kriegsministerkreis

Staatsregierung. Ebert.“

Genieße jederzeit.

Das Ultimatum der Entente unmittelbar bevorstehend.
Köln, 10. Dezember. Wie die „Kölner Zeitung“ verläßlich erläutert, bestätigt sich die Meldung, daß der Bierband die Aufzöhung sämlicher Arbeiters- und Soldatenräte abwehren wird. Die Bekanntgabe der Note des Bierbands steht unmittelbar bevor. Die bayerische Geandtschaft in Schweiz hat bereits eine Erklärung seitens der Verbandsvertreter erhalten. Der Verband lehnt nicht nur jede Verhandlung mit den Arbeiters- und Soldatenräten ab, sondern eine endgültige Regelung mit der gegenwärtigen Regierung

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebiete“ und die mit P. — gezeichneten Artikel: Paul Löwig, den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwartz, Druck: Friedr. Meyer & Sämtlich in Lübeck.

Konsumverein für Lübeck u. Umg. e. G. m. b. H.

Auf dem Weihnachtstisch

bilden

Galanteriewaren

in Leder und Lederersatz

stets gern genommene Gaben.

In unserer Spezial-Abgabestelle

Königstrasse 111

5689

führen wir:

Am Sonntag, dem 15. und am Sonntag, dem 22. Dezember, ist diese Abgabestelle von vormittags 10 bis nachmittags 3 Uhr geöffnet.

Handtaschen
Schreibtaschen
Brieftaschen
Büchertaschen

Musiktaschen
Nähtaschen
Schmuckkasten
Handsuhukast.

Kleine Reisekoffer
Ränzel
Brottaschen
und verschiedenes
andere.

Neu aufgenommen:

Bilder

in feinster
Ausführung und
vornehmer Auf-
machung.

Schönster
Zimmerschmuck.

Nur die sozialdemokratische Partei

(Bureau: Johannisstrasse 50, pt.)

ist die wahre Vertreterin der Interessen aller werktätigen Männer und Frauen in Stadt und Land,

nicht die jetzt unter der Marke der Volksparteien segelnden alten bürgerlichen Parteirichtungen.

Männer und Frauen Lübecks!

Tretet der deutschen demokratischen Partei bei.

Anmeldungen: Geschäftsstelle Beckergrube 1, Ecke Breite Strasse, Fernsprecher 1000.

Privatangestellte.

Die neue Zeit stellt Euch vor neue Aufgaben. Bis her habt Ihr Euch vornehmlich nur mit Standesfragen beschäftigt. Wer sich aber wirtschaftlich durchsetzen will, der muß sich auch allgemein staatsbürocratisch betätigen. Die

Bürgerfahrtswahlen

siehen vor der Tür. Das neue Wahlrecht legt Euch Pflichten auf. Wir sind eine der größten Gewerkschaften und reichen daher zunächst eigene Kandidaten ein.

Es schafft Euch deshalb, um wählen zu können und soweit es noch nicht geliehen ist, die lübische Staatsangehörigkeit. Ihr braucht die alte nicht aufzugeben, sie kann neben der lübischen einhergehen. Am allgemeinsten ist der Weg folgender: Ihr schafft einen polizeilichen Meldestein und die Geburtsurkunde z. B. als Beweis an das Landratsamt Eures letzten Wohnsitzes und fordert einen Staatsangehörigkeitsausweis. Mecklenburger wenden sich an ihre Regierung, Hanseaten an ihre Polizeibehörde. Mit diesem Ausweis versiehen, beantragt Ihr dann beim hiesigen Stadt- und Landamt, Zimmer 8, die lübische Staatsangehörigkeit. Hier wird Euch auch jede genauer Auskunft.

Dringende Eile aber ist not! Wir erwarten von allen männlichen und weiblichen

Privatangestellten, daß sie am Wahltage ihre Pflicht erfüllen können.

Vom zuständigen Amtsgericht genehmigte Sammlung:

Gutgetrocknete Apfel- u. Birnenhalen

sowie Apfeleringeähnle zum Preise v. H. 1.— pro Kilo kostet jede Menag, auch kleinste Mengen Max Stamm, Dresden. Angebote u. Lieferungen erbeten an meine Hauptanstalt für Lübeck und Umgegend: Ariens-Brotensammlung Lübeck, Mühlendamm 10, und die 3 Brotfabrikentenlich Zweiganstalten. (6652)

Silber-Kerzen

sowie Schleifen von Messern u. Scheren, billig und gut. (6657 Simon Pohl, Obertrave 21).

Restaurant

Schlesierheim, Schmiedestrasse 3, G. Laemmle. (6655)

Deden Sie Ihren Bedarf vor Eintritt des Winters in Dr. Gentlers Delwachslederwerk

Nigrin

denn im Winter steigt der Verbrauch, weil jedermann wasserdichte Schuhe will, die auch bei Regen und Schnee ihren Glanz behalten.

Keine verschlechte Wasserware.

Garantiert frostsicher, —

Herrsteller, auch des beliebtesten Parkettbodenwachs „Robert“: (6677) Carl Gentler, Göppingen.



Schutzmarke

Sozialdemokratischer Verein.

1. u. 4. Distrikt.

Dienstag abend 8 Uhr

Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Die in diesen Distrikten wohnenden Genossen und Genossen sollten vollzählig erscheinen.

Die Distriktsführer.

J. Reppenhagen. W. Bruns.

Zum 1. Distrikt gehören folgende Straßen: Gr. u. St. Bauhof, Effengrube, Fegefeuer, Hartengrube, Kapitelstr., Mühlenstr., Obertrave Nr. 22—59, Barade, Pfedemarkt, Lichte Querstraße, 3. Wallstr., St.-Annenstr., Düvelstr., Königstr. Nr. 118—123 u. 110—124, An der Mauer Nr. 39—57 und 28—160, Stavenstr., Weberstr., Legidienstr., Valdauerstr., Königstr. 75—111 u. 86 bis 108, Krähentrit., Schild- und Wahmstr.

Zum 4. Distrikt gehören: Glockengießer, Gerber, Kanalstr., von der Gr. Gröpelgrube bis Hürtstraße, Königstr. 1—73 und 2—60, Pfaffenstr., Eg. u. Weiter, Löbberg, Steinstr., Wakenitzmauer 17—26, Hunde-, Johannistr., Rosengarten, Alter u. St. Schrang, Lünkenhagen, Fleischhauer, Hürtstr., Hürtgerdam, An der Mauer (Fleischh. bis Hürtstr.), Schlumacherstr., Bei St. Johannis. (6675)

Auch die in diesen Distrikten tätigen und in anderen Distrikten wohnenden Genossen müssen erscheinen.

Achtung! Schiffszimmer Lübecks! Achtung!

Am Sonnabend, d. 14. Dezember, abends 8 Uhr findet im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. eine

Versammlung

statt. Dringendes Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Die Einberufer.

Achtung! Achtung!

Zentral-Verband der Fleischer.

Ortsverwaltung Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, dem 12. Dezember 1918
abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Wahl.
2. Der Arbeitsförderung und die Lohnbewegung.
3. Verhandlungsverband eingetragener.
4. Aufnahme neuer Mitglieder.

Kollegen, Arbeiter und Arbeitnehmer! Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es unbedingt notwendig, daß Ihr alle in dieser Versammlung erscheint. Seiner und seines darf fehlen.

Einer möchte den andern darum aufmerksam.

Die Vertraulichkeit mußte alle trüben.

Der Vorstand.

Befreiungsförderer für Gas und Elektrizität
in großer Auswahl.

Gaskocher, Brathähnen, Kochkisten.

J. F. C. VOB,
Fernsprecher 450. (6668) Walmsstraße 16.

2. Distrikt
(4. 5. 6. Bezirk)
Versammlung
am Donnerstag, 12. Dezember
abends 8 Uhr
in Lokale des Herrn Fries.
Karte: geute 22

Alle Mitgenossinnen u. Ge-
schäftsleute die gemäß sind, bei der
Wahl tätig zu sein werden
dürfen einzutreten.

Stadttheater Lübeck.

Spielzeit 1918/19.

6672 Mittwoch, den 11. Dezember
Abend 7 Uhr.

Das Höllisch Gold.

Der Ring des Polykrates.

10. Vorstellung im Mittwochs-
Abonnement.

Donnerstag, den 12. Dezember

König Grischaar.

Rote Karten.

Freitag, den 13. Dezember:

Margarethe.

Sonnabend, den 14. Dezember

Der Zigarrenbaron.

Karte: geute 22

Wirtschaftliches.**Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier.**

Bürgerliche Blätter melden: Von einer Minderheit wurde der Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier beschlossen. Die Forderung der Arbeiter beträgt 20 Mk. Mindestlohn für den Tag. In Hamborn, Gewerkschaft Denitzer, Kaiser streiken 5000 Männer, sowie in Meiderich-Westende. Streikposten verhindern die Einfahrt. Andere Zechen arbeiten.

Der Streik, der am Freitag auf Schacht I begann, dehnte sich am folgenden Tage rasch aus und erstreckte sich dann auf sämtliche Schächte der Gewerkschaft mit einer etwa 10'000 Mann zählenden Belegschaft.

Aus der Partei.

Internationaler Sozialistenkongress. Wie wir bereits gehört haben, hat das Internationale sozialistische Bureau zu Ende Januar oder Anfang Februar die Abhaltung eines Kongresses beschlossen. Wie nachträglich gemeldet wird, handelt es sich um zwei verschiedene Kongresse, die gleichzeitig stattfinden sollen, nämlich einen der Gewerkschaften und den der politischen Parteien. Dies geschieht, weil in gewissen Ländern gegen einen politischen Arbeiterskonzern Opposition entstehen könnte. Die Vorbereitung ist dem Genossen von Kol übertragen.

Gegen die Judenpogrome in Galizien forderte die Schwedische Partei einen Appell an die Entente-Sozialisten, in dem sie

ersucht werden, ihren ganzen Einfluss gegen die infamen Pogrome auszuüben. In der gegenwärtigen Weltlage seien die Alliierten die einzigen, die die Möglichkeit und folglich auch die Pflicht haben, die nationalen Minderheiten gegen Verfolgungen, die eine Schmach für die Menschheit sind, zu bestrafen.

Luftverkehr ab Berlin.

Von Berlin aus wird dieser Tage ein Luftverkehr eingerichtet. Die Heeresverwaltung hat 10 Flugzeuge zur Verfügung gestellt. Die Flugzeuge können, außer dem Piloten, eine Person oder zwei Passagiere mitnehmen und werden von Führern geleitet, deren Sicherheit im Frieden und im Kriege vielfach erprobt wurde. Gegen die Kälte werden die Fluggäste durch große Windshields geschützt, die am Motor angebracht sind. Außerdem stehen warme Pelz-Perfleis und Pelzklappen den Reisenden zur Verfügung. Der Luftverkehr soll in der Hauptfahrt dem Personenverkehr dienen. Waren werden nur in ganz beschränktem Umfang mitgenommen, ob auch einzige Post befördert wird, hängt von den Zeitumständen ab. Der Preis für die Personbeförderung beträgt für den Eisenbahnmillimeter 2,50 Mk. Der Preis erscheint vielleicht doch im Vergleich zu dem kürzlich veröffentlichten Fahrpreis der englischen und französischen Flieger für den Luftverkehr zwischen London und Paris, der 345 Francs betragen soll. Dieser Preis kommt nur dadurch zustande, daß das Ritz-Hotel, von dem die Anregung ausgeht, einen Teil der Spesen trägt und als Reklame- oder Propagandafaktor verfügt. Die Flugzeuge fliegen je nach der Windstärke 120 bis 140 Kilometer in der Stunde. Bei unklarem, schlechtem Wetter, bei dem das Flugzeug nur in 200 bis 300 Meter Höhe vorfliegen kann, gelten die Eisenbahntarife als

Wegweiser, während bei klarem Wetter die direkte Linie eingeschlagen wird. Die Flugdauer beträgt für eine Reise von Berlin nach Breslau etwa 2 Stunden 40 Minuten, nach München 4½ Stunden, Köln 4½ Stunden, Königsberg 4½ Stunden und Memel 5½ Stunden, bedeutet demnach eine große Zeitsparnis gegenüber der heutigen Eisenbahnfahrt. Der Start erfolgt ab Flughafen Königsfelden, fährt aber nach Wunsch auch ab Tempelhofer Feld erfolgen. Es liegen schon zahlreiche Anmeldungen von Fahrgästen vor.

Die Firma Schütte-Lanz ist übrigens dabei, Riesenflugzeuge, die 30 bis 40 Personen fassen, für den Luftverkehr einzurichten. Hierzu werden Kriegsluftzeuge verwendet, bei denen die Bombenabwurfsicherungen entfernt sind. An deren Stelle soll eine große Kabine eingesetzt werden. Diese Flugzeuge sollen im Frühjahr eingestellt werden und den Personenverkehr in großem Umfang aufnehmen.

Aus Nah und Fern.

Luftverkehr in Amerika. Die "New York World" kündigt die Einrichtung von 50 Passagierluftlinien an. Der Verkehr zur Luft würde in Amerika den größten Umfang annehmen, zumal die amerikanische Flugzeugindustrie jährlich bequem 150'000 Flugzeuge bauen und dem Verkehr übergeben könne.

Ein doppeltes Todesurteil. In dem Prozeß wegen Entmündung der Milchhändlerin Gehler in Berlin, in dem die beiden Arbeiter Wojciechowski und Majewski vor den Geschworenen standen, sprach das Gericht die Angeklagten schuldig. Beide sind zu Tode verurteilt.

Verfügungsberechtigte der Räume in angemessener Frist zu gewähren. Die Frist bestimmt, wenn eine Einigung nicht aufzuhören kommt, das Einigungsamt. Auf Verlangen des Berechtigten hat die Behörde für Wohnungspflege den der früheren Zweckbestimmung und Ausstattung entsprechenden Zustand der Räume wieder herzustellen.

S. 7.

Die Behörde für Wohnungspflege ist berechtigt, für einzelne Gebietsteile den Anmeldezwang für unbewohnte Wohnungen oder Räume dauernd oder zeitweilig aufzuheben.

S. 8.

Wer dem im § 1 erlassenen Verbote zuwiderhandelt oder war darüberhinaus die im § 2 vorgeschriebene Anzahl oder die gemäß § 3 geforderte Auskunft nicht oder nicht rechtzeitig erstattet oder wissenschaftlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht oder eine Besichtigung nicht gestattet, wird gemäß § 10 der Bundesratsverordnung mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark bestraft.

Lübeck, den 9. Dezember 1918.

6661)

Das Polizeiamt.**Bekanntmachung****befreend die Abgabe von Kartoffeln.**

Im Einvernehmen mit dem Soldaten- und Arbeiterrat bestimmt der Ausschuss für Kriegshilfe hierdurch:

L.

Von jetzt ab können auch die in Abteilung B der illa Kartoffelkarte zusammengefaßten Abschnitte 14 bis 19 von den Händlern mit 50 Pfund Kartoffeln beliefert werden, soweit ihnen von der städtischen Kartoffelstelle für diesen Zweck Kartoffeln überwiesen werden. Der Preis für diese Kartoffeln beträgt Mk. 8,75. Der Händler erhält nach Einlieferung dieser Abschnitte, die nicht von einander getrennt sein dürfen, Mk. 1,50 von der städtischen Kartoffelstelle vergütet.

H.

Zu widerhandlungen unterliegen den bestehenden Strafbestimmungen.

Lübeck, den 10. Dezember 1918.

(6643)

Der Ausschuss für Kriegshilfe.**Beratungsstelle
für Kriegsgeschädigte****im Wohlfahrtsamt,****Lübeck, Unterstraße 104, Zimmer Nr. 37.**

Kostenlose Beratung der durch den Krieg wirtschaftlich geschädigten, insbesondere der heimkehrenden Krieger bei der Neuordnung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse, in Rechtsfragen, in wirtschaftlichen Fragen und in Fragen der Wohnungspflege.

Geschäftszeit: Werktags 9—12 und 4—6 Uhr, außer Sonnabend nachmittag.

Sprechstunden: Werktags 10—1 und 5—6 Uhr, außer Sonnabend nachmittag.

Das Wohlfahrtsamt.

Oft. Rechtsfürsorge.

Transport von Kriegsgefangenen.

Nach hierher gelanger Mitteilung ist es vorgekommen, daß Begleiter von Kriegsgefangentransporten zwangsweise entwaffnet sind. Durch unüberlegte, eigenmächtige Entwaffnung der Bewachungsmannschaften setzt Unteroffizier bedeckt Gefahr, daß der Abtransport der Kriegsgefangenen nicht ordnungsgemäß durchgeführt wird.

Sämtliche L.- und S.-Räte werden daher ersucht, Maßnahmen zu treffen, daß den mit Gefangenentransporten beauftragten Landsturmleuten usw. die Waffen belassen werden.

(6648)

Stellv. Generalkommando IX. A-K.**Städtischer Torgverlauf**

vom 12.—19. Dez. vorm. 8—11½ beim Amtsgericht Bad Schwartau, 10. Dezember 1918.

(6678)

Reparaturen bis M. 500 Donnerstag abholen.
Kriegshilfe, Abt. Schuhfürsorge,
Königstraße 19.
Zimmer 8 im 1. Stock.

Landesvorstand.

Catin, den 8. Dezember 1918.

Auf den Abschnitt Dezember/Januar der großen Karte für Beleuchtungsmittel kommen

1½ Liter Petroleum und eine Kerze

zur Verteilung.

Die Kaufstellen dieser Belieuchtungsmittel haben die tragenen Abschnitte von der Karte für Beleuchtungsmittel abzutrennen und dem Stadtmaire oder Gemeindevorstande einzuzenden.

(6678)

Mahlzeit.

Die Kaufstellen dieser Belieuchtungsmittel haben die tragenen Abschnitte von der Karte für Beleuchtungsmittel abzutrennen und dem Stadtmaire oder Gemeindevorstande einzuzenden.

(6678)

Mahlzeit.

Die Kaufstellen dieser Belieuchtungsmittel haben die tragenen Abschnitte von der Karte für Beleuchtungsmittel abzutrennen und dem Stadtmaire oder Gemeindevorstande einzuzenden.

(6678)

Mahlzeit.

Die Kaufstellen dieser Belieuchtungsmittel haben die tragenen Abschnitte von der Karte für Beleuchtungsmittel abzutrennen und dem Stadtmaire oder Gemeindevorstande einzuzenden.

(6678)

Mahlzeit.

Die Kaufstellen dieser Belieuchtungsmittel haben die tragenen Abschnitte von der Karte für Beleuchtungsmittel abzutrennen und dem Stadtmaire oder Gemeindevorstande einzuzenden.

(6678)

Mahlzeit.

Die Kaufstellen dieser Belieuchtungsmittel haben die tragenen Abschnitte von der Karte für Beleuchtungsmittel abzutrennen und dem Stadtmaire oder Gemeindevorstande einzuzenden.

(6678)

Mahlzeit.

Die Kaufstellen dieser Belieuchtungsmittel haben die tragenen Abschnitte von der Karte für Beleuchtungsmittel abzutrennen und dem Stadtmaire oder Gemeindevorstande einzuzenden.

(6678)

Mahlzeit.

Die Kaufstellen dieser Belieuchtungsmittel haben die tragenen Abschnitte von der Karte für Beleuchtungsmittel abzutrennen und dem Stadtmaire oder Gemeindevorstande einzuzenden.

(6678)

Mahlzeit.

Die Kaufstellen dieser Belieuchtungsmittel haben die tragenen Abschnitte von der Karte für Beleuchtungsmittel abzutrennen und dem Stadtmaire oder Gemeindevorstande einzuzenden.

(6678)

Mahlzeit.

Die Kaufstellen dieser Belieuchtungsmittel haben die tragenen Abschnitte von der Karte für Beleuchtungsmittel abzutrennen und dem Stadtmaire oder Gemeindevorstande einzuzenden.

(6678)

Mahlzeit.

Die Kaufstellen dieser Belieuchtungsmittel haben die tragenen Abschnitte von der Karte für Beleuchtungsmittel abzutrennen und dem Stadtmaire oder Gemeindevorstande einzuzenden.

(6678)

Mahlzeit.

Die Kaufstellen dieser Belieuchtungsmittel haben die tragenen Abschnitte von der Karte für Beleuchtungsmittel abzutrennen und dem Stadtmaire oder Gemeindevorstande einzuzenden.

(6678)

Mahlzeit.

Die Kaufstellen dieser Belieuchtungsmittel haben die tragenen Abschnitte von der Karte für Beleuchtungsmittel abzutrennen und dem Stadtmaire oder Gemeindevorstande einzuzenden.

(6678)

Mahlzeit.

Die Kaufstellen dieser Belieuchtungsmittel haben die tragenen Abschnitte von der Karte für Beleuchtungsmittel abzutrennen und dem Stadtmaire oder Gemeindevorstande einzuzenden.

(6678)

Mahlzeit.

Die Kaufstellen dieser Belieuchtungsmittel haben die tragenen Abschnitte von der Karte für Beleuchtungsmittel abzutrennen und dem Stadtmaire oder Gemeindevorstande einzuzenden.

(6678)

Mahlzeit.

Die Kaufstellen dieser Belieuchtungsmittel haben die tragenen Abschnitte von der Karte für Beleuchtungsmittel abzutrennen und dem Stadtmaire oder Gemeindevorstande einzuzenden.

(6678)

Mahlzeit.

Die Kaufstellen dieser Belieuchtungsmittel haben die tragenen Abschnitte von der Karte für Beleuchtungsmittel abzutrennen und dem Stadtmaire oder Gemeindevorstande einzuzenden.

(6678)

Mahlzeit.

Die Kaufstellen dieser Belieuchtungsmittel haben die tragenen Abschnitte von der Karte für Beleuchtungsmittel abzutrennen und dem Stadtmaire oder Gemeindevorstande einzuzenden.

(6678)

Mahlzeit.

Die Kaufstellen dieser Belieuchtungsmittel haben die tragenen Abschnitte von der Karte für Beleuchtungsmittel abzutrennen und dem Stadtmaire oder Gemeindevorstande einzuzenden.

(6678)

Mahlzeit.

Die Kaufstellen dieser Belieuchtungsmittel haben die tragenen Abschnitte von der Karte für Beleuchtungsmittel abzutrennen und dem Stadtmaire oder Gemeindevorstande einzuzenden.

(6678)

Mahlzeit.

Die Kaufstellen dieser Belieuchtungsmittel haben die tragenen Abschnitte von der Karte für Beleuchtungsmittel abzutrennen und dem Stadtmaire oder Gemeindevorstande einzuzenden.

(6678)

Mahlzeit.

Die Kaufstellen dieser Belieuchtungsmittel haben die tragenen Abschnitte von der Karte für Beleuchtungsmittel abzutrennen und dem Stadtmaire oder Gemeindevorstande einzuzenden.</

HOLSTENHAUS

G. m. b. H.

LÜBECK

Für den Weihnachts-Kauf
geben wir unseren Kunden

Doppelte

Rabatt-Marken

auf sämtliche Waren

mit Ausnahme der Reichsware und einiger Markenartikel

In Anbetracht der kurzen Geschäftszeit empfehlen wir unseren Kunden, möglichst die Vormittags Stunden zum Einkauf zu benutzen.

Wahlkomitee

Sikung

Donnerstag abend 6 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Lehrerseminar zu Lübeck.

Schüler und Schülerinnen, die
Ostern 1918 ins Lehrerseminar
aufgenommen werden wollen,
können sich werktäglich von 12
bis 1 Uhr beim Unterzeichnen
im Seminargebäude, Langer Loh-
berg 24, anmelden.

Dem Aufnahmegeruch sind bei-
zugeben: a) ein vom Bewerber
selbst verfasster und beschriebener
Lebenslauf, b) ein Geburts- oder
Tauschein, c) die letzten Schul-
zeugnisse, d) eine Erklärung des
Vaters oder Vormundes der Be-
werber, daß er sich verpflichtet,
die während der Dauer der Aus-
bildung erforderlichen Mittel auf-
zubringen, e) (für nicht von
hiesigen Mittelschulen kommende)
ein ärztliches Zeugnis, zu dem
Formulare vom Unterzeichneten
kostenlos zu entnehmen sind.

Zur Aufnahme ohne Prüfung
in Klasse 6 wird zugelassen, wer
die Mittelschule mit Erfolg be-
sucht hat, in Klasse 5, wer die
Reife für Obersekunda, in Klasse 1
(pädagogischer Kursus), wer das
Reifezeugnis einer neunklassigen
höheren Knabenschule erlangt
hat. (6638)

Direktor Dr. Möbusz.

Ahre am 3. 12. 1918 in Bützow
volksgemeine Vermählung geben be-
kannt

Otto Passarge
Hedwig Passarge
geb. Liebschner. (6682)

Deutscher
Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Lübeck.

Am Sonnenhof, h. 7. Des-
mark unter treuer Mitglied-
der Hilfsarbeiter.

Otto Kempe

(Bez. 5.)
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung erfolgt am
Freitag, dem 13. Des. nach-
mittags 1½ Uhr auf dem
Vorwerter Friedhof. (6686)

Die Ortsverwaltung.

Sendet ein Losjunge
außer der Schulzeit.
(6636) Grundmann
Schuljahr 92.

Sel. e. Reitmeisterin.
(6637) Fritz Kruse
Schuljahr 92.
Zu verkaufen Kinderwagen
und zweirädriger Alappiport-
wagen. (6635) Rücklingstr. 25. I. Gl.

Direktor Dr. Möbusz.



Montag abend 6 Uhr entschließt sonst nach längerem
Zeitdienst, an der nicht im Feile zugesagten Kraftheit, im
blühenden Alter von fast 25 Jahren unter lieber Freunde-
scher Seele und Freier Freude.

Aug. Klingbiel

Fa. H. Klingbiel,

H. Klingbiel u. Frau

reicht Geschwister Helmut, Wera u. Emmy,
seine einen Erwachsenen und Bekannten.
Lübeck, Blumenthalstr. 22. (6688)

Bekanntigung Richtag auf dem Oberfriedhof. Die

Feuerwehr legt am 10.12. Uhr in der Burggrafenstraße.

Schlafzimmer

komplett mit Matratzen.

Satin 950.00, Birke 1100.—, 1250.—, 1450.—, 1700.—,
weiss lack. 1600.—, echt Eiche 2900.—, 4900.—
Wohnzimmer, kompl. 740.—
Esszimmer, „ 860.—, 910.—, 1430.—, 1500.—
Herrenzimmer, „ 1950.—
Küchen „ 400.—

Paul Butennandt, Werkstatt
Lachwehr-Allee 3. (6662) Telefon 1706.

Konsumentverein für Lübeck u. Umgeg.

c. G. m. b. H.

Achtung Mitglieder!

Bis zum Montag, den 16. Dezember

solange die neuen Lebensmittelkartenhefte in unseren Waren-
häusern wieder eingemeißelt werden, möglicher ist noch besonders
zu empfehlen. Mitglieder freundlich annehmen.

Der Vorstand.

Vorteilhaft Weihnachts-Geschenke in unserer Abteilung
für Damen-Kleidung:

Elegante Seiden-Blusen
Winter-Mäntel und Jacken
Moderne Jacken-Kleider

Winter-Blusen
Kostüm-Röcke

Besonders preiswert:

Pelz-Garnituren

Einzelne Muffen und Kragen — Pelzhüte.

Praktische
Geschenke
in jeder Preislage.

Weihnachts-Ausstellung

Glas- u. Kristallwaren. Porzellan- u. Steingutwaren.
Kunstgewerbliche Gegenstände. Luxuswaren.
Beleuchtungskörper in jeder Stilart.

Unerreichte Auswahl in bewährten Haus- und Küchengeräten.

Ich biete in allen Abteilungen meines Geschäftes die besten Erzeugnisse in reich-
haltigster Auswahl und zu billigsten Preisen.

Heinr. Pagels

Breite Strasse 91-93.

Hüxstrasse 10-14.

Mitglied der Dürerbund-Werkbund-Genossenschaft.

6680

Deutscher Metallarbeiterverband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Möbel

Laut Beschluss der letzten Mitglieder-Versammlung soll zum 1. Januar 1919 die Stelle

eines zweiten Geschäftsführers

besetzt werden. Bedingungen sind folgende: Der Bewerber muss firm auf agitatorischem Gebiete, sowie mit dem Kassenwesen vollständig vertraut sein und mindestens 5 Jahre dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angehören.

Bewerber müssen außerdem Bewerbungsschreiben, dem ein Lebenslauf beigelegt sein muss, ihre bisherige Tätigkeit innerhalb der Arbeiterbewegung, sowie auch eine schriftliche Arbeit über "gewerkschaftliche Fragen", deren Thema dem Bewerber überlassen bleibt, bis zum 18. ds. Ms. im Gewerkschaftshause mit dem Vermerk „Bewerbungsschreiben“ an die Prüfungskommission einschicken. (6674)

Nachlaß-Versteigerung.

Montag, Donnerstag, bez. 12. Dezember, vorm. 10 Uhr,
wird die Schwarzer Allee 73, 1. Etage, vis-à-vis dem Schloss-
hof, im Auftrage des Erben, nachfolgende Gegenstände öffentlich
meistbietend gegen Barzahlung versteigern als:

1. fl. Zug, rotes Sofa, 1. rote Schone Chaisette, ca. 10 schöne
holzähnige Stühle, 2. große Tische mit Schranken und
1. Konsole, 1. schöner roher Teppich, 1. großer nachbaum und
1. schwarzer Regulator, 2. Sofaschäfte, 2. Schränke und andere Leh-
nschäfte, 1. Wandstuckausschmückung, 1. schöne Bettstelle u. Matratze,
1. Stand-Becken, Blumenständer, zwei Blumen und Serpanthen,
2. Hängesäulen für Gas, 1. sehr schöner Schrank aus Glas und Eisen,
schöne Bilder, 1. feiner Küchenzimmerschrank aus Glas und Eisen, 1. Küchen-
zimmerschrank aus Glas und Eisen, 1. Schreibtisch und sonstige schöne
Dinge und Gläser, sowie 1. eiserner Koffer und die
Küche und Küchengerät.

R. Bruhn, polizeilicher Versteigerer,

Rector: Ritterstr. 22. Fernsprecher: 977. Bettina. (6670)

Suche für meine beiden Söhne
in Ostern eine Bettstelle als
Elektrofacharbeiter.

Angebote unter H. M. an die

Fabrik d. Bl. (6664)

Zu verkaufen 2. neue Güter
u. Suppenküche (6666)

Bereadörstr. 42. (6666)

Gute gut erhalten (6669)

mit Zent. u. 2. Badigus, großräumig
über 1. verkauf., großer Hof,
mit 2. Küchen-Wohnungen.

Der Platz 88, Schillinghof.

Schlafzimmer, Wohnzimmer, Küchenmöbelungen,
einz. Bettstellen m. Matr. Sofas, Veritos, Kleider- u. Küchen-
schränke, Chaiselongues, Kommoden, Flurgarderoben, Salons u.
Ausziehbücher, Diplomaten- und Schreibbücher mit Aufz., Walz-
kommoden mit u. ohne Marmor, versch. Plüschgarnituren, Büfets,
Patentmatratzen, Rohr- und andere Stühle (6641)

zu bekannt billigen Preisen.

Vereinigte Möbelkaufhäuser
Hüxstraße 73 (Ecke Hüxstraße) und Hüxstraße 47.

Zu verkaufen Gr. Puppen-
züge, Puppenmöbel usw.
(6645) Hirsch,
Hüxstraße 9a, part.

Zu verl. 1. guteh. Fellschakkel-
pferd. (6680) Heidstr. 25 a.

Ein Haus mit 1-2 Drei-
Zimmer-Wohnung mit Ställ zu
kaufen gef. Ang. u. G. M. 500
a. d. Fab. d. Bl. (6683)

Sonnabend eine Brille ver-
loren. Bitte abzugeben (nur
nachmittags) (6642) Dankwartsgrube 22.

Waine jedermann, mein. Frau
etwas auf meinen Namen zu
borgen, da ich für nichts habe.
(6687) Ferd. Miller.

Hantledchen wird, angefert.
u. aufgearbeitet
Frau Martha Bieninda,
Frischstr. 23, II.

Blockwagen wieder neu einget. offen. (6661)
Pfaffenstraße 13.

Ich halte
Sprechstunden jetzt
werktaglich

8 bis 9½ Uhr vorm.
3 bis 4 Uhr nachm.

Dr. med. Molkau
Hüxterdamm 20.
Fernsprecher 871. (6647)

Nähfäden schwarz und weiß
für Nähmaschine und Hand
empfiehlt (6650)

Industriewerke Astoria
Leipzig-R. 13. (6647)